

Die Anfänge der SPD im Kraichgau bis zum Ersten Weltkrieg – 1878 bis 1914

Markus M. Wieland

Der folgende Beitrag hat zum Ziele, die Geschichte der SPD im Kraichgau vor 1914 zu beleuchten. Dabei werden vor allem die Anteile des Kraichgaus am 13. badischen Reichstagswahlkreis, der die Amtsbezirke Sinsheim, Eppingen, Bretten und Wiesloch sowie den zum Amtsbezirk Bruchsal gehörenden Amtsgerichtsbezirk Philippsburg umfasste, Berücksichtigung finden.

Die SPD ist die einzige der heute existierenden Parteien, die es unter ihrem heutigen Namen schon vor 1933 gab. Im Jahre 1863 wurde unter Federführung von Ferdinand Lassalle der *Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein* gegründet. Sechs Jahre später riefen August Bebel (1840–1913) und Wilhelm Liebknecht (1826–1900) in Eisenach die *Sozialdemokratische Arbeiter-Partei* (SAP) ins Leben. Diese beiden Parteien vereinigten sich 1875 zur *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* (SAPD). Im Jahre 1891 nahm diese Partei den Namen *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* an, den sie heute noch trägt.¹

Einen tiefen Einschnitt in der frühen Parteigeschichte markierte das Sozialistengesetz aus dem Jahre 1878. Es wurde wegen zweier Attentate auf Kaiser Wilhelm I. erlassen. Mit diesen Attentaten hatte die SAPD eigentlich nichts zu tun, doch wurde sie damit in Verbindung gebracht, weil sie als einzige unter den bedeutenden Parteien die Monarchie ablehnte. Das Sozialistengesetz verbot zwar nicht die SAPD selbst, wohl aber deren Presse und Propaganda. Es war bis 1890 in Kraft.

Aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz ist selbst im eher ländlich geprägten Kraichgau schon sozialdemokratische Aktivität nachzuweisen. In Wiesloch bestand sogar schon für kurze Zeit ein Ortsverein. Bereits 1864 (oder 1862) war in Wiesloch ein Arbeiterbildungsverein gegründet worden.² Jedoch waren die Arbeiterbildungsvereine in Baden zumeist nationalliberal dominiert.³ Doch machte sich – unabhängig vom Arbeiterbildungsverein – auch die Sozialdemokratie schon 1877/78 bemerkbar. Am 3. Juni 1878 sandte der Wieslocher Oberamtmann einen Bericht darüber an das badische Innenministerium.⁴ Demzufolge begann die Aktivität Ende 1877.⁵ Verantwortlich dafür war der 1851 im Rheinland geborene und seit 1873 in Altwiesloch beschäftigte Zigarrenarbeiter Jakob Linden. Er musste seinen seitherigen Wohnort Tairnbach zum Jahresende 1877 verlassen, weil ihm niemand mehr Unterkunft gewähren wollte. Seit Januar 1878 wohnte er in Wiesloch. Hier organisierte er im Gasthaus „Werderhalle“ Zusammenkünfte mit Gleichgesinnten. Dort wurden auch sozialistische Zeitungen wie etwa der „Vorwärts“ gelesen. Am 25. Februar sprach zum erstenmal der Mannheimer Sozialdemokrat Dreesbach⁶ in Wiesloch. Thema war die Tabakbesteuerung. Im Anschluss an diese Veranstaltung fand eine vom Landwirtschaftlichen Bezirksverein organisierte Gegenkundgebung statt. Nach einer zweiten Veranstaltung, auf der Dreesbach sprach, wuchs die Mitgliederzahl des sozialistischen Ortsvereins Wiesloch auf über 30 an, obwohl der Wieslocher Stadtpfarrer Kölle (evangelisch) dem Redner entgegengetreten war. Als am 26. Mai zum drittenmal in Wiesloch eine sozialistische Versammlung stattfinden sollte, wurde der aus

Mannheim angereiste Redner Oppenheimer gewaltsam am Sprechen gehindert. Unter dem Eindruck der beiden Attentate auf den Kaiser gestattete kein Gasthaus in Wiesloch mehr sozialistische Versammlungen. Die Mitglieder des Ortsvereins wurden aus ihren Betrieben entlassen. Zum Schluss des Berichtes bemerkt der Amtmann, dem „Gift der socialdemokratischen Lehre“ könne nur begegnet werden, „wenn Selbsthilfe oder Gesetzgebung energisch dagegen auftritt.“

Interessant ist die 21 Namen umfassende Mitgliederliste des sozialistischen Vereins, die dem Bericht beiliegt. Ein Mitglied war 35 Jahre alt, der Rest zwischen 19 und 30. Der Verein war folgerichtig recht jugendlich. Zehn Mitglieder waren Zigarrenarbeiter, die übrigen vor allem Schuster und Schneider. Elf Mitglieder waren evangelisch, acht katholisch und bei zweien war die konfessionelle Zugehörigkeit unbekannt. Nur der Vorsitzende Jakob Linden war freireligiös. Letzteres könnte darauf hindeuten, dass Linden auch sozialistische Theorien rezipiert hatte, während ansonsten – nach obigem Bericht des Amtmannes – die Quintessenz der um sich greifenden sozialistischen Ideen „sich allerdings in den Köpfen der hiesigen Socialdemokraten und ihren Nachsprechern in dem Satze darstellt: ‘Wir wollen teilen’“. Der noch so junge Verein löste sich Ende 1878 unter dem Eindruck des Sozialistengesetzes wieder auf.

In den übrigen Teilen des 13. badischen Reichstagswahlkreises war laut den Erhebungen von 1878 keinerlei sozialistische Aktivität festzustellen.⁷ Zwar existierte auch in Bruchsal schon 1878 kurzzeitig ein sozialistischer Verein⁸, nicht aber in den zum Amtsbezirk Bruchsal gehörenden Teilen des hier zur Debatte stehenden Wahlkreises. Während des Sozialistengesetzes ruhte im Kraichgau und seinen Randgebieten nahezu alle sozialistische Aktivität. 1884 aber wurde der in Diedelsheim wohnhafte Hafnermeister Friedrich Dittes mit einer Geldstrafe belegt, weil er die verbotene Zeitung „Sozialdemokrat“ geschmuggelt und verbreitet hatte.⁹

Das Sozialistengesetz wurde zwar erst 1890 formell aufgehoben, doch schon in den letzten Jahren zuvor in einigen deutschen Ländern, z. B. im Großherzogtum Baden, relativ lax gehandhabt.

Die Reichstagswahlen 1890, 1893 und 1898 wiesen im 13. badischen Reichstagswahlkreis einige Besonderheiten auf. Während die SPD auf Reichsebene schon 1890 stimmstärkste Partei war, sollte dies für den 13. Wahlkreis überhaupt nie der Fall sein. Sie blieb stets deutlich unter dem Reichsdurchschnitt. Während die SPD auf Reichsebene bei den genannten Reichstagswahlen 19,7%, 23,3% und 27,2% erlangte, reichte es in Baden nur für 8,8%, 10,6% und 13,3%.¹⁰ Im 13. badischen Wahlkreis war sie noch schwächer. Hier dominierten in protestantischen Dörfern vor allem die Nationalliberalen und Konservativen, während in katholischen Orten die Zentrumspartei sehr stark war.

Betrachtet man die Ergebnisse in den einzelnen Gemeinden¹¹, so ist vor allem auffällig, dass die SPD ihre noch wenigen Hochburgen durchaus auch in katholischen, ehemals zum Fürstbistum Speyer gehörenden Dörfern hatte. Ein statistischer Zusammenhang zwischen Protestantismus und Sozialdemokratie, wie er in abgeschwächter Form bis heute besteht, war noch nicht festzustellen. So war etwa im Amtsbezirk Wiesloch nicht etwa die überwiegend protestantische Amtsstadt Wiesloch, sondern das katholische Dorf Sankt Leon 1890 (101 von 253 Stimmen) und 1893 (64 von 227 St.) führende SPD-Hochburg. Im Amtsbezirk Bretten waren zwar noch 1890 die überwiegend protestantischen Orte Gochsheim (76 von 170 St.) und Stein (81 von 237 St.) stärkste Gemeinden der SPD, doch auch im katholischen Neibshausen erzielte sie mit über 10% der Stimmen einen Achtungserfolg. Im September

1890 gelang ihr in Neibsheim sogar die Gründung eines Ortsvereins¹², nachdem der Karlsruher Sozialdemokrat Andreas Kalnbach¹³ auf einer Versammlung ebendort vor allem gegen das kommunale Dreiklassenwahlrecht in Baden gesprochen hatte. 1893 erlitt die SPD Verluste in Gochsheim und Stein, während sie sich in Neibsheim auf 53 von 178 Stimmen steigerte, so dass sie dort stärker war als in jeder anderen Gemeinde des Amtsbezirkes Bretten. Vor 1897 löste sich der sozialdemokratische Ortsverein in Neibsheim jedoch auf.¹⁴ In der Folgezeit stand bei allen Reichstagswahlen der Zentrumsturm in Neibsheim fest, und die SPD schnitt schlecht ab. Im Amtsbezirk Eppingen war 1890 das katholische Tiefenbach mit 51 von 132 Stimmen führende SPD-Hochburg. Erst danach folgte das protestantische Steinhauerdorf Sulzfeld (44 v. 304 St.). 1893 verlor die SPD sowohl in Sulzfeld als auch in Tiefenbach fast alle Stimmen. 1898 war die SPD in Tiefenbach noch einmal erfolgreich (49 v. 114 St.). Es sollte jedoch der letzte große Erfolg in Tiefenbach bleiben, während sich Sulzfeld (110 v. 278 St.) und Mühlbach (43 v. 135 St.) – ebenfalls ein protestantisches Steinhauerdorf – von 1898 an als stabile SPD-Hochburgen erweisen sollten. Auch im stark bäuerlich geprägten Amtsbezirk Sinsheim erreichte die SPD im katholischen Waibstadt 1893 mit einem knappen Viertel der Stimmen einen Achtungserfolg, der sich jedoch als Eintagsfliege erweisen sollte.

Was Ortsvereine der SPD anbelangt, so wurden diese in den bisherigen SPD-Festschriften im Kraichgau so behandelt, als wären sie einmal gegründet worden und hätten dann fortlaufend Bestand gehabt. Dem ist allerdings nicht so. Dies soll nun anhand der Beispiele Bretten, Eppingen und Wiesloch erläutert werden.

Über Bretten wettete noch 1890 ein badisches SPD-Organ: „Nimmt man wahr, wie unwissend und unverständig die meisten Leute dort noch sind, so kommt Einem die Vermuthung, viele Köpfe seien durch ein Brett gegen die Angriffe der Wahrheit geschützt und daher käme der Name Bretten.“¹⁵ Trotz dieses negativen Urteils gelang der SPD 1895 die Gründung eines Ortsvereins in Bretten, dem 27 Personen beitraten.¹⁶ Im März 1897 hatte der Ortsverein bereits 35 Mitglieder.¹⁷ Kurz darauf muss er jedoch eingegangen sein, denn nach einer SPD-Versammlung am 24. 4. 1898 wurde er neu gegründet und zählte wiederum um die 20 Mitglieder.¹⁸ Der Ortsverein gab sich eine Organisation unter dem Vorsitzenden Golzer. Zunächst wurde das Offenburger SPD-Organ „Volksfreund“ im Gasthaus „Vier Jahreszeiten“ ausgelegt.¹⁹ Im Juli 1898 übernahm der Ortsverein auch das Austragen des „Volksfreund“. Es wurde sogar eine eigene Bibliothek angelegt.²⁰ Trotz solcher organisatorischer Arbeiten ging der Ortsverein um die Jahrhundertwende wieder ein. Ein Verzeichnis der badischen SPD-Ortsvereine von 1906 nennt das Jahr 1903 als Gründungsjahr für den Ortsverein Bretten.²¹ Die Festschrift der Brettener SPD von 1978 geht jedoch von 1902 als Gründungsjahr²² aus.

Ähnlich waren die Verhältnisse in Eppingen. Hier soll erstmals 1891 durch Jakob Kurz ein Ortsverein entstanden sein, dessen 50-jähriges Jubiläum die Eppinger SPD 1954 nachträglich beging.²³ Der Verein hat sich jedoch bald aufgelöst, ist neu erstanden und hat sich wieder aufgelöst. Im November 1907 wurde zum drittenmal ein Ortsverein in Eppingen gegründet. Der Bericht der badischen Landesorganisation an den Parteitag 1908 lautet darüber:²⁴ „Gegründet wurden [es folgt eine Liste der neuen Mitgliedschaften] ... Eppingen (13. Kreis). Letztere Mitgliedschaft ist nun zum dritten Male gegründet worden, hier ist der Druck der Gegner ganz besonders zu spüren. Hier wird das beliebte Mittel (Lokalabtreiberei) immer gegen uns angewandt. So wollten wir im November auch hier eine Versammlung gegen den Milita-

rismus abhalten; der dortige Militärverein aber brachte seinen Landsturm auf die Beine, und das zugesagte Lokal wurde verweigert. Die Versammlung hat dann in einer anderen Wirtschaft stattgefunden, und vielleicht sind wir sogar dem Militärverein zu Dank verpflichtet. Der Referent Genosse Pfeiffle hat dieses Gebaren des Militärvereins einer gebührenden Kritik unterzogen und [es] wurde nach beendeter Versammlung ein Verein gegründet, und wir werden alles daran setzen, ihn zu halten, damit wir auch hier in diesem Bezirk besser Fuß fassen können.”

Auch in Wiesloch bestand nach 1890 nicht kontinuierlich ein Ortsverein, obwohl dort die Sozialdemokratie schon vor 1878 Fuß gefasst hatte. Wann in den 1890er Jahren in Wiesloch ein Ortsverein gegründet wurde, ist unbekannt. Im März 1897 zählte der Wieslocher Ortsverein rund 20 Mitglieder.²⁵ Vor der Reichstagswahl 1898 wurde im „Volksfreund“ die Rührigkeit der Wieslocher Genossen auf einer Konferenz des 13. Reichstagswahlkreises in Waldangeloch hervorgehoben. Auf der Rückfahrt nach Wiesloch bemüht sich der Vorsitzende Johann Dörner, in Mühlhausen einen Ortsverein ins Leben zu rufen.²⁶ Diese Gründung scheiterte vermutlich. Der Ortsverein Wiesloch muss sich in den folgenden Jahren aufgelöst haben. In einer Liste der badischen Ortsvereine von 1906 war er nicht mehr aufgeführt.²⁷ Im Bericht der badischen SPD-Landesorganisation an den Parteitag von 1907 (Berichtszeitraum Januar 1906–April 1907) wurde Wiesloch unter den neuen Ortsgruppen genannt (siehe Anhang 1). Der wieder gegründete Ortsverein war jedoch so wenig aktiv, dass seine Existenz noch im Juli 1908 dem Bürgermeister von Wiesloch unbekannt war.²⁸

Dass die SPD im Kraichgau zunächst so schwer Fuß fassen konnte, hat seine Gründe. So gab es in der Gesellschaft des ländlich strukturierten Kraichgautes vielfältige Widerstände. Zu den Organisationen, die die SPD konsequent bekämpften, gehörten unter anderem die Kriegervereine, in welchen sich vor allem Veteranen aus dem Deutsch-Französischen Krieg zusammenfanden. Sie waren Träger vaterländischen und antisozialistischen Gedankengutes.²⁹

Noch kurz vor dem Sozialistengesetz hatte der Oberamtmann von Sinsheim schlimme Befürchtungen über die Kriegervereine: „Es wurden bis jetzt in diesseitigem Bezirke keine ungünstigen Erfahrungen über die Kriegervereine gemacht, doch darf man sich nicht verhehlen, daß dieselben nicht sowohl für großrednerische Agitatoren, als vielmehr [für] das schleichende Gift der Verführung durch feindliche Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ein günstiges Terrain bieten könnten.“³⁰ Statt dessen erwiesen sich die Kriegervereine als Bastion gegen die Sozialdemokratie – gerade in der näheren Umgebung von Sinsheim. Dies erhellt etwa folgende Affäre aus Weiler im Januar 1891.³¹ Dort agitierte ein Schneider in einem Gasthaus, in welchem gerade der Kriegerverein eine Versammlung abhielt, für die Sozialdemokratie. Das „Schneiderlein ... vermochte nicht die Gesellschaft für seine Ideen zu begeistern; vielmehr wurde demselben alsbald bedeutet, sein Licht gefälligst sonstwo leuchten zu lassen.“ Doch der Schneider gab nicht nach: „Ein Angriff auf diesen modernen Vaterlandsfeind war jetzt nicht mehr zu umgehen ..., und in der That erfolgte nun rasch auch ein solcher mit so viel Umsicht und Geschick, daß unser Agitator ... vollständig geschlagen vor der Türe des Wirtszimmers lag.“

Außer den Kriegervereinen agitierte beispielsweise die Geistlichkeit beider Konfessionen massiv gegen die Sozialdemokratie. Im Kraichgau gilt dies besonders für die evangelische Kirche. Schon im März 1890 hielt der Neckarbischofsheimer Pfarrer Adolf Schmitthener in seiner Heimatgemeinde einen Vortrag gegen die Sozialde-

mokratie.³² Im gleichen Jahr tat sich auch Schmitthenners Kollege Lamprecht von Wössingen durch einen ähnlichen Vortrag hervor.³³

Auch die Presse der Nationalliberalen und des Zentrums übte sich heftig in antisozialdemokratischer Agitation. Besonders infam ist folgende Meldung, die im Jahre 1899 ein unbekannter Einsender aus Eppingen an das Heidelberger Zentrumsblatt „Pfälzer Bote“ sandte:³⁴ „Ein Akt unerhörter Frechheit ist an dem hiesigen evangelischen Stadtpfarrer verübt worden. Derselbe wurde nachts herausgerufen, um einem Sterbenden das Abendmahl zu bringen. Kaum hatte er die Straße betreten, so sah er sich von drei Strolchen umringt, die ihn mit Messern und Revolvern bedrohten und ihn tödten zu wollen erklärten, wenn er um Hilfe rufe. Alsdann trieben sie allerhand Kurzweil mit dem Geängstigten, indem sie ihn zwangen, auf ein Frage- und Antwortspiel einzugehen. Fragen und Antworten waren zumeist dem sozialdemokratischen Katechismus entnommen ... Der eine von der Bande, ein bekannter sozialistischer Steinhauer, wird in Stadt und Umgegend als Hauptveranstalter und Rädelsführer bezeichnet.“ Diese Meldung wurde von fast allen nordbadischen Zeitungen übernommen, nicht dagegen die Erwiderung von seiten des Eppinger Pfarrers Reimold, die zuerst in der „Badischen Landeszeitung“ erschien:³⁵ „Der ‘Pfälzer Bote’ verbreitete dieser Tage eine Nachricht, wonach ich von drei Männern nachts auf der Straße angehalten und in roher Weise beleidigt worden sei. Die ganze Geschichte ist völlig unwahr und erfunden. Diejenigen Zeitungen, welche die Nachricht weiter verbreiteten, mögen gefälligst von dieser Erklärung Notiz nehmen – Reimold, ev. Stadtpfarrer.“ Notiz nahmen von dieser Meldung jedoch nur sehr wenige Zeitungen.

Auch die nationalliberale Presse im Kraichgau behandelte die SPD nicht glimpflich. So berichtete der Eppinger Volksbote über eine SPD-Versammlung in Ittlingen anlässlich der Reichstagswahl 1898 äußerst boshaft.³⁶ Die Versammlung hätte im „Adler“ stattfinden sollen. Der Gastwirt verweigerte jedoch sein Lokal, obwohl sich bereits SPD-Anhänger vor Ort sowie zahlreiche Neugierige eingefunden hatten. „Wenn letztere wünschen“, so der Eppinger Volksbote, „daß man die Sozialdemokraten doch öffentlich sprechen lassen sollte, so haben sie nicht bedacht, daß dies ungefähr soviel bedeutet, wie wenn ein Patient sagt: ‘Ich will mal einen Löffel voll Blausäure nehmen, vielleicht wird’s besser.’“ Das Brettener Wochenblatt wies ebenfalls eine deutlich antisozialdemokratische Stoßrichtung auf. Ende Februar 1904 sprach in Bretten der Mannheimer Sozialdemokrat Süskind.³⁷ Darüber berichtete die genannte Zeitung: „Außer den Konservativen waren es namentlich die Nationalliberalen, die bei dem Vortrag als Wauwau herhalten mußten, während das Zentrum glimpflich davonkam.“³⁸ Dazu bemerkte ein Einsender: „In dem Bericht ... ist bemerkt, daß es ... hauptsächlich die Nationalliberalen gewesen seien, welche als Wauwau herhalten mußten. Es ist dies wohl das beste Zeugnis für die Nationalliberale Partei, und es wäre schlimm um dieselbe bestellt, wenn sie Lobessprüche von den Sozialdemokraten ... gespendet bekäme.“

Ab 1905 sollte sich das Verhältnis der badischen Nationalliberalen zur SPD jedoch bessern. Um zu verhindern, dass die Zentrumsparterie bei Landtagswahlen die absolute Mehrheit erhält, schritten National- und Linksliberale zur sogenannten „Großblockpolitik“.³⁹ Wenn in den einzelnen Wahlkreisen – es galt Mehrheitswahlrecht – im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit erhalten hatte, kam es zur Stichwahl. Für einen solchen Fall einigten sich 1905 Nationalliberale, Linksliberale und Sozialdemokraten auf Wahlabsprachen, um zu verhindern, dass Kandidaten des

Zentrums oder der Konservativen den Sieg im jeweiligen Wahlkreis davontrugen. 1909 und 1913 kamen Wahlabsprachen sogar schon für die Hauptwahl zustande. Als 1905 im Eppinger Landtagswahlkreis der nationalliberale Kandidat die Stichwahl gewann, hieß es kurz darauf in der Zeitung:⁴⁰ „Nicht zum mindesten ist das Zurückdrängen des konservativen Kandidaten der ritterlichen Haltung der Arbeiterbevölkerung in Eppingen, Mühlbach und Sulzfeld zu verdanken.“ Dennoch war das Verhältnis zwischen SPD und Nationalliberalen im Kraichgau auch während der Großblockzeit keineswegs immer einvernehmlich. So musste sich der Arzt Guido Gerber, der Vorsitzende des Bezirksverein Bretten der Nationalliberalen, mehrfach gegen Angriffe von konservativer Seite wegen seiner „Kungelei“ mit Sozialdemokraten öffentlich rechtfertigen.⁴¹ Im Landtagswahlkreis Sinsheim ist die SPD bei der Landtagswahl von 1913 von den Nationalliberalen sogar regelrecht hintergangen worden (siehe Anhang I, 2).

Was Ortsvereine der SPD im 13. Reichstagswahlkreis anbelangt, so sind wir über deren zahlenmäßige Entwicklung dank der von der badischen SPD geführten Statistik gut informiert. Auf dem badischen Parteitag von 1906 wurde von der Landesorganisation eine Statistik vorgelegt, die sämtliche Ortsvereine mit Gründungsjahr verzeichnet. Demzufolge wurde der Ortsverein in Bretten 1903, die Ortsvereine in Gondelsheim, Stein und Wössingen jeweils 1904, der Ortsverein Philippsburg 1905 gegründet.⁴² In den folgenden Jahren erschienen nahezu jährlich Listen der Ortsvereine, wobei die Berichtszeiträume der Landesorganisation sich des öfteren mit den Grenzen der Kalenderjahre überschneiden, so dass nicht immer exakte Jahreszahlen für die Gründung angegeben werden können. Der Bericht von 1907 nennt als neue Ortsvereine im 13. Reichstagswahlkreis Wiesloch und Menzingen.⁴³ Der Bericht für 1908 nennt Eppingen als 1907 gegründete Mitgliedschaft.⁴⁴ Während des Jahres 1908 sind allerdings die Ortsvereine in Philippsburg und Menzingen wieder aufgelöst worden oder verloren wenigstens den Kontakt zur badischen Landesorganisation, während in Sinsheim eine kurzlebige Organisation entstand.⁴⁵ Die Jahre 1909 und 1910 erwiesen sich als recht turbulent, was Gründungen von Ortsvereinen anbelangt, ohne dass dies aus der Kraichgauer Presse in irgendeiner Weise hervorginge. Die Mitgliedschaft Eppingen hatte sich aufgelöst, während in Philippsburg und Menzingen wieder Ortsvereine zustande kamen. Zusätzlich waren 1909/10 Ortsvereine in Diedelsheim, Ittlingen, Kürnbach, Schluchtern, Sulzfeld und Walldorf entstanden, wovon sich Diedelsheim, Kürnbach und Walldorf bis Ende 1910 wieder aufgelöst hatten.⁴⁶ Letztere drei Vereine sowie Eppingen wurden jedoch bald wieder neu gegründet, wie der Bericht der Landesorganisation von 1912 belegt. Außerdem kam ein Ortsverein in Eschelbronn hinzu.⁴⁷ Während sich die bestehenden Ortsvereine noch 1912/13 halten konnten, ging Eschelbronn im Berichtsjahr 1913/14 auf zwei Mitglieder zurück, während Ittlingen, Sulzfeld und Menzingen 1914 noch vor Kriegsbeginn aufgelöst wurden.⁴⁸

Ab 1908 durften nach dem Reichsvereinsgesetz auch Frauen, die im Kaiserreich noch kein Wahlrecht hatten, Parteien oder Verbänden beitreten. Die Berichte der SPD-Landesorganisation an den Parteitag führen danach in der Statistik für jeden Ortsverein die Zahl der weiblichen Mitglieder an. Während in den Ortsvereinen größerer Städte wie Mannheim, Karlsruhe oder Heidelberg schon einige Dutzend und in zahlreichen dörflichen oder kleinstädtischen Ortsvereinen in Südbaden durchaus einige Frauen vertreten waren, blieb die Zugehörigkeit zur SPD im Kraichgau Männersache. Nur der Ortsverein in Eschelbronn hatte nach dem Bericht

von 1913 kurzzeitig zwei weibliche Mitglieder.⁴⁹ Dies ist erstaunlich, da es in einem Bericht der Gendarmerie über eine SPD-Versammlung in Wiesloch 1895 geheißen hatte: „Auch einige Frauenzimmer hatten sich eingefunden.“⁵⁰

Auffallend ist, dass im Amtsbezirk Sinsheim kaum Ortsvereine bestanden. Nur 1908 bestand kurzfristig ein Ortsverein in Sinsheim und ab etwa 1911 ein Ortsverein in Eschelbronn, der sich jedoch spätestens Anfang 1914 in Auflösung befand. Während der Weimarer Republik entstand in Eschelbronn kein neuer Ortsverein mehr.⁵¹ In Sinsheim dagegen wurde um die Jahreswende 1918/19 ein Ortsverein gegründet, der dauerhaft bestehen blieb.⁵² Im Amtsbezirk Sinsheim waren die Widerstände gegen die SPD von Anfang an besonders stark. Als 1898 eine SPD-Versammlung in Rappenaun stattfinden sollte, meldete der zuständige Gendarm dem Bezirksamt: „Der größte Theil der Einwohnerschaft ist sehr aufgebracht und es sind deshalb Exzesse nicht ausgeschlossen.“⁵³ Die Versammlung, auf der zwei Mannheimer Redner sprachen, verlief jedoch ohne Exzesse. Von etwa 60–70 Anwesenden zollten am Ende der ersten Rede nur 6–8 Beifall. Der zweite Redner wandte sich entschieden gegen Flotte, Kolonien und Großkapitalisten. Dazu meldet der bereits zitierte pflichtschuldige Gendarm: „Diese unter allgemeiner Unruhe in schärfster, schreiender Form geschehenen Äußerungen veranlaßten den ergebenst Unterzeichneten, die Versammlung als aufgelöst zu erklären. Die Anwesenden verhielten sich völlig ruhig.“⁵⁴ Obwohl die SPD in den folgenden Jahren in immer größerer Dichte auch den Amtsbezirk Sinsheim mit Versammlungen bedachte – allein in den Jahren 1909 und 1910 gab es deren sieben⁵⁵ – kamen vor 1914 keine dauerhaften Ortsvereine zustande. Dies ist umso erstaunlicher, als es in Sinsheim durchaus einige Dutzend Metallarbeiter und im Umland zahlreiche Steinhauer und Tabakarbeiter gab, die einen kleinen Mitgliederstamm hätten hergeben können.

Was Wahlen anbelangt, so war die SPD zwar im 13. badischen Wahlkreis bis 1912 stets deutlich schwächer als im Reichsdurchschnitt, doch legte sie auch hier stets zu. In immer mehr Gemeinden sicherte sie sich einen Wählerstamm (siehe Anhang II). Auffallend sind jedoch die großen Schwankungen von Wahl zu Wahl in einzelnen Gemeinden. In einigen Gemeinden erlitt die SPD nach guten Wahlerfolgen – sicherlich mitbedingt durch Einwirkung örtlicher Honoratioren – deutliche Verluste bei der jeweils nächsten Wahl. In Eschelbronn etwa erhielt sie 1903 50 von 168 Wählerstimmen. Trotz gestiegener Wahlbeteiligung stimmten 1907 nur noch 28 Eschelbronner (von 192) für die SPD. Ähnlich lagen die Verhältnisse in Diedelsheim, wo 1907 die SPD nur noch 36 von 233 Stimmen erhielt, nachdem sie 1903 noch 62 von 184 Wählern hinter sich gehabt hatte. Umgekehrt gab es auch Fälle, in denen die SPD plötzlich aus dem Nichts gewaltige Zugewinne erzielte. Am deutlichsten ist dies sichtbar in Waldangelloch, wo die SPD bis 1907 fast überhaupt keine Stimmen gehabt hatte, ehe sie 1912 mit 98 von 206 Stimmen gerade dort ihr bestes Ergebnis im 13. Wahlkreis überhaupt erlangen sollte. Möglicherweise hat bei diesem Durchbruch der Umstand eine Rolle gespielt, dass im Tabakarbeiterdorf Waldangelloch 1910 eine Wahlversammlung stattgefunden hatte⁵⁶, auf der Emil Maier, als Parteisekretär für Unterbaden einer der bedeutendsten Sozialdemokraten im Land, als Redner aufgetreten war.⁵⁷

Auch in zahlreiche Gemeindevertretungen im Kraichgau ist die SPD schon vor 1914 gelangt. Eine exakte Feststellung der Tatsache, wann und wo SPD-Listen bei Kommunalwahlen antraten, ist kaum mehr möglich, da zum einen die Bürgerausschuss- und Gemeinderatswahlakten nur in sehr wenigen Gemeindearchiven vollständig er-

halten sind, zum anderen aber in vielen Fällen „Arbeiterlisten“, die teilweise verkappte SPD-Listen, teilweise aber auch gemeinsame Listen von sozialistischen und christlichen Gewerkschaftern darstellten, auftraten. So sind etwa in der SPD-Hochburg Sulzfeld vor 1914 zwar keine SPD-Listen angetreten, wohl aber fast nur Steinhauer (nicht Steinhauermeister!) in der III. Klasse gewählt worden. Diese dürften durchaus sehr weitgehend SPD-Anhänger gewesen sein.⁵⁸ Die Wahl des Gemeinderates erfolgte damals je nach Größe der Gemeinde unterschiedlich, was an dieser Stelle jedoch nicht weiter behandelt werden soll. Der Bürgerausschuss, das weitere Gremium der Gemeindevertretung, wurde in allen größeren Gemeinden nach Dreiklassenwahlrecht von den Gemeindebürgern direkt gewählt. Gestaffelt nach der Einwohnerzahl hatte Bretten beispielsweise 72 Bürgerausschussmitglieder, Wiesloch 60, Gondelsheim 48 usw. Nach dem auf dem Parteitag 1907 vorgelegten Bericht war die SPD in den Gemeinden Bretten, Gondelsheim, Philippsburg, Wiesloch und Wössingen im Bürgerausschuss vertreten.⁵⁹ Den Sprung in den Gemeinderat hatte die SPD damals noch nirgends geschafft. Da die Wahlkreisorganisation seinerzeit oft nur unvollständige Berichte eingesandt haben, sind aber die von der Landesorganisation geführten Gemeindevertreter-Statistiken nicht immer zuverlässig. Auffallend ist etwa, dass sich die Berichte für 1913 und 1914 kaum decken, obwohl in fast allen badischen Gemeinden die Kommunalwahlen 1911 oder 1912 stattgefunden hatten, was zur Folge hatte, dass es – bedingt durch den dreijährigen Wahlzyklus – bis Kriegsausbruch zumeist nicht mehr zu Neuwahlen kam.⁶⁰ Nach dem Bericht von 1913 war die SPD in den Gemeinderäten von Bretten, Eppingen, Kürnbach, Philippsburg, Stein, Walldorf, Wössingen und Wiesloch vertreten und stellte in Stein außerdem den Bürgermeister.

Neben der SPD sind freilich auch die dieser Partei nahestehenden Gewerkschaften zu berücksichtigen. In damaliger Zeit schlossen sich einzelne Gewerkschaften auf örtlicher Ebene zu Gewerkschaftskartellen zusammen. Diese wurden fast jährlich in einer statistischen Beilage des gewerkschaftlichen Zentralorgans aufgelistet.⁶¹ Auffallend ist dabei, dass vor 1914 nur in Bretten ein Bezirkskartell geführt wurde, nicht jedoch in Wiesloch – trotz des beachtlichen Industrialisierungsgrades dieser Kleinstadt. Das Brettener Kartell entstand etwa 1906.⁶² Vorher dürften Arbeiter aus dem Kraichgau überwiegend den Kartellen von Bruchsal und Heidelberg angehört haben. 1906 ist auch die erste Maifeier in Bretten belegt. Den Zeitungsberichten zufolge hielt der Brettener SPD-Vorsitzende Georg Zischer eine Rede mit dem Thema: „Die Bedeutung des Ersten Mai“. Außerdem wurde vor den 300 Anwesenden ein Theaterstück mit dem Titel „Die Macht der Organisation“ aufgeführt.⁶³ Bis 1914 berichtete das Brettener Wochenblatt alljährlich über Maifeiern oder enthielt wenigstens Anzeigen bezüglich deren Ankündigung. In Wiesloch soll 1911 die erste Maifeier stattgefunden haben.⁶⁴ Diese späten Termine für die ersten örtlichen Maifeiern sind auch deshalb erstaunlich, weil selbst im noch weniger industrialisierten 14. badischen Reichstagswahlkreis schon 1900 die erste Maifeier stattgefunden hatte.⁶⁵ Die Schwäche der sozialistischen Gewerkschaften im Kraichgau ist unter anderem durch gewerkschaftliche Konkurrenzorganisationen zu erklären. Obwohl die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen katholisch dominiert waren und der Zentrumsparterie nahestanden, gelang es ihnen, auch in einigen überwiegend protestantischen Kraichgauländern Zahlstellen zu gründen, so etwa solche der Tabakarbeiter in Kirchart und Steinsfurt oder der Steinhauer in Weiler und Mühlbach.⁶⁶ Der Umstand, dass die genannten Dörfer überwiegend protestantisch waren, lässt jedoch

freilich nicht automatisch den Schluss zu, dass darin vor allem Vertreter der konfessionellen Mehrheit sich fanden. Die Existenz eines – den Nationalliberalen nahestehenden – Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins ist im Untersuchungsgebiet nur für Bretten belegt.⁶⁷

Der Erste Weltkrieg, der im August 1914 ausbrach, ließ freilich für vier Jahre alle sozialdemokratische und gewerkschaftliche Aktivität im Kraichgau erlahmen. Erst nach der Novemberrevolution konnten die bestehenden Ortsvereine und Ortskartelle ihre Arbeit wieder aufnehmen und neue gegründet werden, doch das ist nicht mehr Thema dieses Aufsatzes.

Anhang 1: Die Jahresberichte des Kreisvorsitzenden der SPD im 13. badischen Reichstagswahlkreis für die Parteitage 1907 und 1914

Von 1906 bis 1914 wurden jährlich die Parteitagsprotokolle und/oder die Berichte der SPD-Landesorganisation an den Parteitag veröffentlicht.⁶⁸ Diese Berichte wurden jedoch nur von wenigen Bibliotheken gesammelt. Kriegsverluste taten ein übriges. Teilweise sind diese Protokolle bzw. Berichte nur schwer erreichbar. Die SPD des 13. Reichstagswahlkreises hat nur in zwei Fällen Jahresberichte eingesandt. Diese sollen hier von neuem veröffentlicht werden, da sie wichtige Aufschlüsse über die SPD im Kraichgau liefern. Autor beider Berichte war Josef Mundig/Bretten.

1. Aus: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens 1907, Freiburg 1907, 5. 27 (Fundort: Stadtarchiv Mannheim, B 3/389).

Als ich den Vorsitz übernahm, war es meine erste Aufgabe, Verbindungen mit den einzelnen Vereinen und Vertauensmännern herzustellen, denn es muß hier betont werden, daß die ganze Agitation und Organisation verfahren war und keine Verbindungen mehr bestanden. Jetzt besteht wieder eine rege Verbindung. Der Verein in Stein war seiner Auflösung nahe, nur mit großer Mühe ist die Auflösung zu verhindern gewesen. Der Verein besteht jetzt wieder in alter Stärke, aber er kann noch bedeutend stärker werden. Weiter wurden Agitationstouren nach Eppingen, Sulzfeld, Kürnbach, Wössingen, Menzingen unternommen. In Eppingen ward vergeblich versucht, einen Verein zu gründen, ebenso ging es in Sulzfeld und Kürnbach. In Menzingen ist es möglich gewesen, einen Verein zu gründen, und ist zu hoffen, daß derselbe sich sehr gut entwickeln wird. In Wiesloch ist ebenfalls ein Verein zustande gekommen.

Öffentliche Versammlungen wurden abgehalten gegen die Fleishteuerung und Mißwirtschaft der Landes- und Reichspolitik in Bretten, Eppingen, Sulzfeld, Wiesloch, Stein, Menzingen, Wössingen, Kürnbach und Philippsburg. Redner waren die Genossen Weißmann, Willi, Lehmann und Engler. Durch diese Versammlungen ist doch reges Leben in die einzelnen Mitgliedschaften gebracht worden und waren dieselben eine gute Vorarbeit für die Reichstagswahl.

Die schriftliche Agitation war ebenfalls sehr stark. Flugblätter sind 30.000 verbreitet worden, doch hat die Verteilung sehr darunter gelitten, daß dieselben drei Wochen später als bestimmt angekommen sind; solches darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, da geht einem der ganze Eifer sowie die Verbreiter verloren. Kalender sind 5000 verbreitet worden; es muß gesagt werden, daß dieselben sehr gerne gelesen worden sind, so daß nur zu wünschen ist, daß für 1907 wieder solche herausgegeben

werden. Ferner sind Broschüren verteilt worden. Weiter ist eine Agitation für den Volksfreund entfaltet worden und sind auch einige Erfolge zu verzeichnen gewesen. Bei den Agitationstouren sind vom Vorsitzenden nachstehende Orte besucht worden: Wössingen zweimal, Menzingen zweimal, Eppingen zweimal, Sulzfeld einmal, Kürnbach einmal, Stein einmal, Sinsheim einmal und Gondelsheim einmal. Die umfangreiche Reichstagswahlarbeit schloß die Tätigkeit des verflissenen Jahres ab.

2. Aus: Bericht der sozialdemokratischen Landesorganisation Badens für die Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1914, Mannheim 1914, 5. 59f. (Fundort: Generallandesarchiv Karlsruhe 69/Nachlass Geck, Nr. 1585).

Das Geschäftsjahr 1913/14 ist ein Jahr des Kampfes gewesen. Die Vorarbeiten zur Landtagswahl nahmen sehr viel Zeit in Anspruch. In den fünf Landtagswahlkreisen hielten wir eine Anzahl Konferenzen ab, in denen mit dem Wahlkomitee die Kandidaten aufgestellt wurden. Die Kandidatenfrage ist für diese Kreise eine sehr schwierige. Jeden Genossen kann man so ohne weiteres nicht nehmen, und die, die geeignet sind, wollen in solch unsicheren Kreisen nicht kandidieren. Die Kreise 52, 53, 54 und 66 erledigten ihre Kandidaturen selbst, und für den 67. Kreis wurde dieselbe dem Parteisekretär Genossen Emil Maier/Heidelberg übertragen. In diesem ganzen Kreis sind nur zwei Parteimitglieder vorhanden. Der Ausgang der Wahl hatte gezeigt, daß in den Bezirken, in denen keine oder nur eine Mitgliedschaft besteht, der Stimmenrückgang ein viel größerer war als in den anderen Bezirken, in denen – wenn auch nur kleine – Vereine vorhanden waren. In Sinsheim (67. Kreis) wurde von den Nationalliberalen kurz vor der Wahl bekanntgemacht, daß wir unsere Kandidatur zu ihren Gunsten zurückgezogen hätten. Sie hatten damit den Erfolg erreicht, daß gleich im ersten Wahlgang viele von unseren Wählern ihren Kandidaten gewählt haben. Solchen unehrlichen Handlungen kann man nur wirksam entgegen treten, wenn überall Organisationen bestehen.

Das Ergebnis der einzelnen Kreise ist folgendes:

Kreis		Stimmen 1909	Stimmen 1913	Mitglied- schaften	Mitglieder
52	Philippsburg	1109	767	5	58
53	Bretten	1097	980	6	125
54	Wiesloch	1059	542	2	110
66	Eppingen	1439	880	4	90
67	Sinsheim	626	322	(2 Mitgl.)	2

Dieser Wahlkampf hat gezeigt, daß wir den Gegnern im Kampfe nicht gewachsen waren. Die bürgerlichen Parteien wandten dieses Mal alle Mittel an, um in die Höhe zu kommen. Im 13. Kreis hält es sehr schwer, mit unseren Ideen und Anschauungen Eingang zu finden. Die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse sind ungünstig; überall ist eine durchweg schlecht entlohnte Arbeiterschaft vorhanden. Hier kann man deutlich wahrnehmen, daß, je schlechter der Arbeiter entlohnt ist, desto schwieriger er für unsere Sache zu gewinnen ist.

Wir können deshalb aus den oben schon angeführten Gründen keine neugegründeten Organisationen verzeichnen. Bei einigen Vereinen hatte unsere Bewegung dadurch Not gelitten, daß bei vorhergehenden Gemeindewahlen Leute gewählt wurden, die wohl Mitglieder, aber keine Sozialdemokraten gewesen sind. Der Partei-

sekretär Genosse Maier kann über dieses Kapitel manches sagen. Alles in allem können wir sagen, daß wir unsere Pflicht getan haben. Bei den Krankenkassenwahlen, die gleich nach der Landtagswahl einsetzten, haben sich unsere Leute verhältnismäßig gut gehalten.

Der Korrespondenzverkehr des Vorsitzenden weist insgesamt 250 Eingänge und 535 Ausgänge auf. Der Stand der Mitgliedschaften war:

	Mitglieder am Jahresanfang	Mitglieder am Jahresende
1. Bretten	35	42
2. Eppingen	49	64
3. Gondelsheim	8	17
4. Stein	37	46
5. Wiesloch	32	33
6. Ittlingen	10	hat sich Eppingen angeschlossen
7. Kürnbach	13	11
8. Schluchtern	5	11
9. Sulzfeld	24	10
10. Walldorf	82	81
11. Menzingen	5	4
12. Philippsburg	61	28
13. Eschelbronn	2 (Einzelmitglieder)	2
14. Wössingen	25	28

Die Beitragsleistungen sowie die Einsendung der Abrechnungen lassen noch viel zu wünschen übrig. Wenn hier eine größere Pünktlichkeit eintreten würde, wäre es gut. Wir hoffen trotzdem, daß das kommende Geschäftsjahr auch dem 13. Kreis einen Fortschritt bringen werde.

Anhang II: SPD-Hochburgen

An dieser Stelle sollen die zehn stärksten Gemeinden für die SPD bei den Reichstagswahlen 1903, 1907 und 1912 aufgelistet werden.

1903		1907		1912	
Sulzfeld	57,2 %	Sulzfeld	53,2 %	Waldangelloch	47,6 %
Diedelsheim	33,7 %	Stein	38,5 %	Stein	47,3 %
Treschklingen	33,3 %	Gondelsheim	35,3 %	Sulzfeld	47,2 %
Stein	31,7 %	Kürnbach	34,8 %	Menzingen	45,7 %
Philippsburg	30,2 %	Philippsburg	34,4 %	Wössingen	44,4 %
Eschelbronn	29,8 %	Menzingen	30,6 %	Gondelsheim	44,1 %
Wössingen	28,0 %	Wössingen	30,1 %	Walldorf	42,3 %
Gölshausen	27,6 %	Mühlbach	26,3 %	Kürnbach	40,4 %
Neudorf	25,3 %	Gölshausen	25,9 %	Rinklingen	37,3 %
Bretten	25,1 %	Rinklingen	25,5 %	Mühlbach	36,1 %

Anmerkung und Literatur:

- 1 Zur Geschichte der SPD auf Reichsebene sei empfohlen: Detlef Lehnert, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848–1983, Frankfurt 1983.
- 2 Karl Birker, Die badischen Arbeiterbildungsvereine vor dem Ersten Weltkrieg, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 18/1973, S. 3–22 (hier: S. 16), gibt 1862 als Gründungsjahr an. Das Heidelberger Journal nennt am 27. 3. 1865 den Verein jedoch „neu gegründet“. Außerdem beging der Verein 1904 sein 40-jähriges Jubiläum, siehe 110 Jahre Sozialdemokraten in Wiesloch, hrsg. vom SPD-Ortsverein Wiesloch, Wiesloch 1988, S. 11.
- 3 Siehe Birker (wie Anm. 2), S. 11.
- 4 Generallandesarchiv Karlsruhe 236/17053. Ein ähnlich lautender Bericht vom 13. Juli ist abgedruckt in: 110 Jahre ... (wie Anm. 2), S. 12ff.; siehe auch Jörg Schadt, Die Sozialdemokratische Partei in Baden. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868–1900), Hannover 1971, S. 53.
- 5 Die Zigarrenarbeiter-Versammlung von 1876, auf der bereits sozialistisches Gedankengut verbreitet wurde, ist dem Bezirksamt erst später bekannt geworden und taucht erst im Bericht vom 13. Juli auf (Anm. 4).
- 6 August Dreesbach, geb. 1844 in Düsseldorf, gest. 1906 in Berlin, 1890–1893 und 1898–1906 Mitglied des Reichstages, 1891–1902 Mitglied des Landtages, 1877/78 Redakteur des Mannheimer SPD-Organs „Pfälzisch-Badisches Volksblatt“, 1892–1906 Direktor der Mannheimer Aktiendruckerei, siehe Wilhelm-Heinz Schröder (Hrsg.), Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918, Düsseldorf 1986, S. 98.
- 7 Berichte in: GLAK 236/17053.
- 8 Siehe 100 Jahre Sozialdemokraten in Bruchsal 1878–1978, hrsg. vom SPD-Ortsverein Bruchsal, Bruchsal 1978, S. 18.
- 9 Siehe 75 Jahre Sozialdemokraten in Bretten, hrsg. vom SPD-Ortsverein Bretten, Bretten 1978, S. 15.
- 10 Siehe Fred Ludwig Sepaintner, Die Reichstagswahlen im Großherzogtum Baden, Frankfurt 1983, S. 217.
- 11 Die Wahlergebnisse nach Gemeinden wurden vom Badischen Statistischen Landesamt erst ab 1903 veröffentlicht. Zur Ermittlung der Wahlergebnisse 1890, 1893 und 1898 wurden folgende Zeitungen herangezogen: Pfälzer Bote, 23. 2. 1890; 18. 6. 1893; Brettener Wochenblatt, 22. 2. 1890; 17. 6. 1893; 18. 6. 1898; Eppinger Volksbote, 22. 2. 1890; 17. 6. 1893; 18. 6. 1898; Landbote, 22. 2. 1890; 17. 6. 1893; 18. 6. 1898.
- 12 Südwestdeutsches Volksblatt, 19. 9. 1890. Das Südwestdeutsche Volksblatt erschien in Offenburg und ist Vorläufer des „Volksfreund“.
- 13 Andreas Kalnbach, geb. 1852 in Schweinfurt, gest. 1928 in Hamburg; 1890 und 1893 SPD-Kandidat im 13. badischen Reichstagswahlkreis, 1912–1924 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, siehe Wilhelm-Heinz Schröder (Hrsg.), Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933, Düsseldorf 1995, S. 538.
- 14 In einer Liste von 1897 (GLAK 236/17071) ist er nicht mehr aufgeführt.
- 15 Südwestdeutsches Volksblatt, 23. 7. 1890.
- 16 Volksfreund 11. 12.; 13. 12. 1895.
- 17 GLAK 236/17071.
- 18 Volksfreund, 28. 4. 1898.
- 19 Volksfreund, 5. 5. 1898.
- 20 Volksfreund, 2. 8. 1898.
- 21 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens 1906, Karlsruhe 1906, S. 24ff. (= Stadtarchiv Mannheim B3/345).
- 22 75 Jahre ... (wie Anm. 9). S. 9. Demzufolge war Georg Zischer ab 1902 Vorsitzender des Ortsvereins. Für die vorliegende Studie wurden nur die Jahrgänge 1890–98 des in Offenburg erscheinenden, später nach Karlsruhe verlegten SPD-Organs „Volksfreund“ ausgewertet. Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Brettener SPD wäre eine umfassende Auswertung bis 1933 vonnöten, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass die Jahrgänge 1900–1904 fehlen. Die für die im Folgenden behandelten Ortsvereine Eppingen und Wiesloch bis 1919 zuständige „Volksstimme“ (Mannheim) ist leider durch Kriegsverluste bis auf geringe Reste verloren.
- 23 Siehe Reinhard Ihle, 100 Jahre Sozialdemokraten in Eppingen, Eppingen 1991, S. 12.
- 24 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens 1908, Mannheim 1908, S. 12.
- 25 GLAK 236/17071.
- 26 Volksfreund, 18. 3. 1898.
- 27 Siehe Protokoll ... 1906 (wie Anm. 21).
- 28 GLAK 388/1247.

- 29 Siehe dazu allgemein Hans-Jürgen Kremer, Die Krieger- und Militärvereine in der Innenpolitik des Großherzogtums Baden (1870–1914), in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 1985, S. 301–336.
- 30 GLAK 236/17053.
- 31 Landbote, 8. 1. 1891.
- 32 Landbote, 20. 3. 1890.
- 33 Brettener Wochenblatt, 11. 11. 1890.
- 34 Pfälzer Bote, 31. 7. 1899.
- 35 Hier nach Wertheimer Zeitung, 11. 8. 1899.
- 36 Eppinger Volksbote, 9. 6. 1898; siehe auch Ihle (wie Anm. 23), S. 14.
- 37 Albert Süßkind, geb. 1861 in Alzey, gest. 1915 in Mannheim; 1887 bis 1915 Kleiderhändler in Mannheim; 1903–13 Mitglied des Landtags, siehe Schröder 1995 (wie Anm. 13), S. 712.
- 38 Brettener Wochenblatt, 1. 3. 1904.
- 39 Siehe Jürgen Thiel, Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914, Stuttgart 1976.
- 40 Eppinger Volksbote, 31. 10. 1905; siehe auch Ihle (wie Anm. 23), S. 16.
- 41 Brettener Wochenblatt, 2. 11., 4. 11. 1905; 24. 5. 1914.
- 42 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens 1906, Karlsruhe 1906, S. 24ff. (= Stadtarchiv Mannheim B 3/345).
- 43 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens 1907, Karlsruhe 1907, S. 21f. und 39ff.
- 44 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens 1908, Mannheim 1908, S. 27ff.
- 45 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens 1909, Mannheim 1909, S. 12ff.
- 46 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens 1911, Mannheim 1911, S. 72ff.; zu Walldorf siehe auch Albert Weisbrod, Wege. Arbeiterleben in Walldorf, Horb 1989; 80 Jahre SPD in Walldorf 1910–1990, hrsg. vom SPD-Ortsverein Walldorf 1990.
- 47 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens 1912, Mannheim 1912, S. 68ff.
- 48 Bericht der sozialdemokratischen Landesorganisation Badens für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913, Mannheim 1913, S. 6ff.; Bericht der sozialdemokratischen Landesorganisation Badens für die Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1914, Mannheim 1914, S. 6ff.
- 49 Bericht ... 1913 (wie Anm. 48), S. 6ff.
- 50 GLAK 388/1243.
- 51 Listen badischer Ortsvereine für 1926, 1928 und 1929 sind abgedruckt in: Jörg Schadt (Hrsg.), Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914–1932, Stuttgart 1977, S. 105ff. und S. 157ff.
- 52 Erstes Zeugnis: Stadtarchiv Sinsheim, B 450.
- 53 GLAK 377/5411.
- 54 Ebd.
- 55 GLAK 377/5401.
- 56 Ebd.
- 57 Emil Maier, geb. 1877 in Dunningen bei Rottweil, gest. 1932 in Freudenstadt, 1908–1919 Parteisekretär für Unterbaden, MdL 1909–1913 und 1919–1932; 1912–1931 Stadtrat in Heidelberg; 1931/32 badischer Innenminister, siehe Schröder (wie Anm. 13), S. 603. Zu Maier ausführlich: Michael Braun, Emil Maier 1876–1932. Eine politische Biographie, Heidelberg 1997.
- 58 Gemeindearchiv Sulzfeld, A 89.
- 59 Siehe Protokoll 1907 (wie Anm. 43), S. 35.
- 60 Siehe Bericht 1913 (wie Anm. 48), S. 36; Bericht 1914 (wie Anm. 48), S. 10.
- 61 Die letzte Statistik vor dem Ersten Weltkrieg erschien in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 3. 1. 1914.
- 62 Brettener Wochenblatt, 10. 5. 1906; 7. 5. 1907.
- 63 Brettener Wochenblatt, 10. 5., 12. 5. 1906.
- 64 Siehe 110 Jahre ... (wie Anm. 2), S. 22.
- 65 Siehe Markus M. Wieland, Zur Frühgeschichte der SPD im badischen Hinterland, in: Wertheimer Jahrbuch 2000, S. 287–295, hier S. 289.
- 66 Kirchartd: Landbote, 28. 11. 1905; Steinsfurt: Landbote, 15. 12. 1906; Mühlbach: Eppinger Volksbote, 13. 7. 1907; Weiler: Landbote, 8. 9. 1910.
- 67 Brettener Wochenblatt, 21. 7. 1906.
- 68 Vollständig zitiert sind diese Berichte nur in: Jörg Schadt 1977 (wie Anm. 51).